

Vorab eingegangene Fragen zur Bündnisveranstaltung am 26.08.2021

Antworten Beate Müller-Gemmeke

Frage zu: Alleinerziehenden und Altersabsicherung

Alleinerziehende sorgen sich um ihre Rente, denn durch die Privatisierung der Alterssicherung sind sie besonders gefährdet im Alter in Armut zu leben. Für eine ausreichende private Vorsorge reicht das Einkommen oft nicht aus. Durch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitphasen verfügen Mütter nur über geringe Anwartschaften in der sinkenden gesetzlichen Rente. Im Gegensatz zu verheirateten Müttern können Alleinerziehende sich im Alter nicht auf die höhere Rente eines Partners verlassen oder nach dessen Tod von einer Witwenrente profitieren.

Antwort:

Die Leistung von Alleinerziehenden verdient größten Respekt. In der Erwerbsphase wollen wir Alleinerziehende mit der grünen Kindergrundsicherung besser unterstützen. Darüber hinaus gilt es, familienunterstützende Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, wollen wir mit einer Steuergutschrift entlasten. Niemand soll sich zwischen Kind und Job, Ausbildung oder Studium entscheiden müssen, darum soll auch der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage.

In der Rente wollen wir die Grundrente zur Grünen Garantierente weiterentwickeln. Die Grüne Garantierente hat niedrigere Zugangsvoraussetzungen als die Grundrente und berücksichtigt auch Zeiten der Arbeitslosigkeit, die sich rentensteigernd auswirken. Sie würde besonders Alleinerziehenden zugutekommen. Zudem wollen wir einen arbeitgeberfinanzierten Mindestrentenbeitrag für Geringverdiener:innen einführen. Mit diesem sollen Arbeitgeber:innen, die niedrige Löhne zahlen, verpflichtet werden, mehr für ihre Beschäftigten in die gesetzliche Rentenversicherung einzubezahlen. Damit setzen wir direkt beim Erwerbsleben an und sorgen dafür, dass auch Geringverdienende und Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten. Denn unser Ziel ist, dass die Menschen im Alter nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Mich würde interessieren, ob zumindest mittel- oder langfristig eine echte Rentenreform in Planung ist?

Kriterien für eine echte Rentenreform:

- Alle Erwerbseinkommen müssen einzahlen, auch Politiker, Selbständige, Beamte (das muss zumindest für zukünftige Beamte gelten)
 - Die Kürzungsfaktoren der gesetzlichen Rente müssen gestrichen werden und das Rentenversicherungsniveau auf die bis 2004 geltenden 53% angehoben werden.
 - Erhöhung der Mindestlöhne (Lt. Bundesversicherung muss man 45 Jahre in Vollzeit arbeiten, um eine Rente in Höhe der heutigen Grundsicherung zu bekommen)
- In Österreich erhält der Durchschnittsrentner 800 Euro mehr Rente als in Deutschland. Arbeitgeber zahlen dort 12,55 % und Arbeitnehmer 10,25 % in die RV ein, ohne dass die Wirtschaft zusammenbricht.*

Antwort:

Wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen im Alter gut und selbstbestimmt von ihrer Rente leben können. Dazu wollen wir das gesetzliche Rentenniveau mindestens auf 48 Prozent stabilisieren. Zentral wichtig für uns ist, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiter zu entwickeln. Das bedeutet, dass alle – also auch Abgeordnete, nicht abgesicherte Selbständige und Beamt:innen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen. Gleichzeitig wollen wir die Grundrente zur Grünen Garantierente weiterentwickeln.

Wichtig ist vor allem, dass die Beschäftigten faire Löhne erhalten. Wir wollen den Mindestlohn sofort auf 12 Euro erhöhen und ganz wichtig – die Tarifbindung stärken. Wir

wollen außerdem einen arbeitgeberfinanzierten Mindestrentenbeitrag für Geringverdiener:innen einführen, mit dem die Beschäftigten eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten.

Frage zu: Teilhabegutscheine für Arbeit als geförderte Rentenzuverdienst-Förderung

Leider sind die Teilhabegutscheine der Diakonie für Arbeit dieses Jahr ausgelaufen.

Und Arbeitsmarkt-Rentner, die gering qualifiziert sind, sind häufig von abhängiger Beschäftigung auf Minijobbasis (z.B. Reinigung) abhängig.

Wäre es politisch nicht sinnvoller, unter dem Stichwort - ähnlich wie bei den Freiwilligendiensten und am Beispiel vom BFD - Teilhabegutscheine für Arbeit- und Qualifizierung laufen zu lassen?

Die Linke hat Ähnliches zum Beispiel bei "Ehrenamt und staatliche Rentenversicherungs-beiträge"

vorgeschlagen, was man meiner Meinung nach bei Arbeitsmarktrentnern inklusive Teilnahme an Kursen (Kinder- oder Seniorenbetreuung) ausbauen sollte.

Das wäre sinnvoller für Personen die Arbeitsstellen in Hauswirtschaft und Betreuung suchen (ähnlich dem Berufsbild des Alltagsbetreuers).

Antwort:

Wir setzen uns dafür ein, dass erwerbslose Menschen mehr Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsmarkt erhalten. Dabei setzen wir innerhalb des SGB II vorrangig auf das Instrument des Sozialen Arbeitsmarkts, bei dem die Menschen mindestens Mindestlohn erhalten und der auch Menschen mit teilweiser Erwerbsminderung offen steht und auch in Teilzeit ausgeübt werden kann. Der Soziale Arbeitsmarkt muss aber flexibler ausgestaltet werden als bisher, damit noch mehr Menschen davon profitieren können.

Frage zu: Vorsorgekonto

Riester ist gescheitert, das Rentenniveau sinkt, die gesetzliche Rente sichert nicht mehr den Lebensstandard im Alter und die Betriebsrenten sind nur für wenige Arbeitnehmer ein adäquater Ersatz. Lösungen sind weit und breit nicht in Sicht.

Was spricht eigentlich für ein ergänzendes Vorsorgekonto bei der gesetzlichen Rentenversicherung, das den Versicherten ermöglicht, kostengünstig und sicher Versorgungsdefizite auszugleichen?

Antwort:

Die Riester-Rente hat sich als ein völliger Fehlschlag herausgestellt und die Rürup-Rente hat gravierende Schwächen. Die Produkte sind oft zu teuer, undurchschaubar und manche haben eine geringere Rendite als Omas Sparstrumpf. Profitabel sind sie oft nur für die Versicherungswirtschaft oder dank der öffentlichen Förderung. Deswegen wollen wir die Riester- und Rürup-Rente durch einen öffentlich sowie unabhängig verwalteten Bürger:innenfonds ersetzen. Dieser investiert langfristig anhand von ESG-Nachhaltigkeitskriterien und streut die Risiken breit, sodass keine Garantien erforderlich sind. Die öffentliche Zulagenförderung der privaten Altersvorsorge wollen wir reformieren und auf niedrige und mittlere Einkommen fokussieren. Für Klarheit und Transparenz wird die „säulenübergreifende Altersvorsorgeinformation“ sorgen, die derzeit von der gesetzlichen Rentenversicherung aufgebaut wird. Mit diesem System lässt sich ab 2023 das individuelle säulenübergreifende Altersvorsorgeniveau ermitteln und Sicherungslücken identifizieren.

Frage an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

20,00 Euro Rentensteigerung und 50,00 Euro Mieterhöhung ist kein Beitrag zur Sicherung auskömmlicher Einkommen zur Vermeidung von Altersarmut.

Was halten Sie von dem Vorschlag, die gesetzliche Rentenversicherung soll einen Teil ihrer immer noch vorhandenen Mrd.-Rücklagen verstärkt in Qualifizierung bzw. Umschulung angeschlagener Arbeitnehmer*innen

investieren – statt Strafzinsen für Rücklagen zu bezahlen? Oder auch in sozialen bzw. bezahlbaren Wohnungsraum investieren?

Antwort

Die Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung sind dazu da, die demographisch bedingten Lasten, wenn die Babyboomer in Rente gehen, abzufedern. Aus diesem Grund wollen wir die Rücklagen nicht antasten. Die Strafzinsen, die die gesetzliche Rentenversicherung an die Europäische Zentralbank zahlen muss, sind in der Tat ein Ärgernis, das durch die derzeitige Zinspolitik verursacht wird. Allerdings ist die Höhe der Zinsen für die gesetzliche Rentenversicherung verkraftbar und die gesetzliche Rentenversicherung profitiert andererseits auch von der guten Konjunktur, die durch die niedrigen Zinsen mitverursacht wird. Diese führt zu steigenden Beitragseinnahmen und kompensiert die Verluste durch die Strafzinsen.